

Nr. 148. 3. Dezember 1910.
Nicht vor Sonnabend abdrucken.

Absolutismus und Parlament.

ap. Die Behandlung der Interpellation der Sozialdemokraten über die letzten Kaiserreden war ein Nachklang zu den Verfassungsdebatten im November 1908. Aber sie war, wenigstens auf den ersten Blick, keine Neuauflage der damaligen Debatten, sondern vielmehr eine Abrechnung mit ihnen; sie stehen äußerlich zu ihnen im scharfen Gegensatz. Damals stand das persönliche Regiment allein, in der ganzen Blöße seiner Sünden, von allen Seiten angegriffen, und mußte sich zu einer demütigen Erklärung bequemen. Jetzt hat es sich machtvoll erhoben, pocht auf sein Gottesgnadentum, und die bürgerlichen Parteien huldigen dem Herrscher als ihren Vorkämpfer gegen den Ansturm der Sozialdemokratie. Jetzt stand die Sozialdemokratie mit ihrer Kritik allein und suchten die anderen Parteien „die beklagenswerten Vorgänge“ von 1908 vergessen zu machen. Welch eine Umwandlung!

Welche außerordentlichen Ereignisse waren es, die vor zwei Jahren die deutsche Bourgeoisie zu jenen bei ihr ungewöhnlichen Angriffen auf den Kaiser führten? Hatte er das Land etwa in die Gefahr eines schweren Krieges gestürzt? Er hatte einfach gegenüber einem Engländer über seine Taten und Absichten ausgeplaudert und diese Äußerungen waren in einem englischen Blatt veröffentlicht worden. Nun waren diese Äußerungen nicht gerade geeignet, das Ansehen der deutschen Politik im Auslande zu heben. Die Erklärung, daß er selbst ein Freund Englands sei, sich aber in seinem Reiche in der Minderheit befinde, war nicht besonders angetan, die Furcht der Engländer vor den deutschen Rüstungen einzudämmen. Schlimmer war noch die Mitteilung, daß er 1900 die Vorschläge seitens Rußlands und Frankreichs zur Demütigung Englands zurückgewiesen und der englischen Regierung davon Mitteilung gemacht habe, sowie, daß er für England einen Feldzugsplan gegen die Buren ausgearbeitet habe. „So leitet man keinen Speereitram, geschweige denn die Geschäfte eines großen Reiches, das Weltpolitik treiben will“, rief entrüstet ein nationalliberales Organ, und es sprach damit genau die Empfindung der Bourgeoisie aus. Solange die Auslandspolitik das Interesse der großkapita-

listischen Bourgeoisie in der richtigen Weise vertrat, war diese Klasse völlig mit dem persönlichen Regiment einverstanden. Mächte dadurch, wie bei dem plötzlichen Besuch bei dem Sultan von Marokko, auch eine ernste Kriegsgefahr entstehen, sie hätte nichts dagegen einzuwenden, weil diese Abenteuerpolitik nur im Interesse des deutschen Eisenkapitals diktiert war. Auch diese Klasse huldigt dem Leitsatz: „Der König absolut, wenn er unseren Willen tut.“

Aber sie braucht noch etwas mehr als bloß den guten Willen. Die Geschäfte eines riesigen kapitalistischen Interessenverbandes, wie es das Deutsche Reich darstellt, zu leiten, stellt etwas mehr Anforderungen, als ein preußischer König für die Junker zu sein. Das Ansehen des Reiches auf dem Weltmarkt und damit die Profite seiner Bourgeoisie hängen nicht bloß von der Macht ab, worüber dieses Reich verfügt, sondern auch von der Fähigkeit, womit diese Macht gehandhabt wird. Als nun in dem Bericht des „Daily Telegraph“ der Mangel an dieser Fähigkeit so grell hervortrat, brach darüber eine helle Empörung in der deutschen Bourgeoisie aus. Und sie machte ihren Aerger und Unwillen in den schärfsten Angriffen gegen den Kaiser Luft.

Aber es blieb bei scharfen Worten. Mit dem System selbst war sie ja im Grunde zufrieden. Das Organ der kartellierten Eisen- und Kohlenkapitalisten, die Rheinisch-Westfälische Zeitung, war am heftigsten in seinen Angriffen gewesen, wohl deshalb, weil ihr Panzerplattengeschäft nur durch die Kriegsheize gegen England blüht und die Friedensbeteuerungen des Kaisers dazu nicht paßten. Es brachte dann nach den Reichstagsdebatten einen Artikel über die Persönlichkeit Wilhelms II., die darin scharf kritisiert wird — aber nur um das System des Absolutismus zu verteidigen. „Nichts Schöneres gäbe es für seinen Charakter als Ruhm, aber ihm fehlen die Fähigkeiten zu herrschen und zu führen. Es handelt sich also nicht um eine Einrichtung des Reiches, sondern um eine Eigenschaft des Trägers der Krone, und es erhebt sich die Frage: Soll man ein Gesetz schaffen für diesen Einzelfall?“ Und in den Debatten erhob keiner der bürgerlichen Redner die Forderung der Eindämmung des persönlichen Regiments, sondern nur den Wunsch, der Kaiser solle sich künftig in seinen Aeußerungen etwas mehr Zurückhaltung auferlegen. Er sollte nicht mehr durch Ausplaudern diplomatischer Geheimnisse die Geschäfte der Bourgeoisie schädigen.

Die Sozialdemokratie stand in dem Bestreben, den Parlamentarismus an die Stelle des Absolutismus zu

setzen, allein. Und doch war, was sie wünschte, nichts speziell sozialistisches; es war nur dasjenige, was in westeuropäischen Ländern schon längst allgemeine Tatsache ist. Dort können Minister sich nicht halten gegen die Parlamentsmehrheit; sobald sie ein Misstrauensvotum bekommen, müssen sie gehen, und muß der Fürst neue ernennen, die sich mit dem Parlament in Uebereinstimmung befinden. Dadurch gebietet das Parlament, die Volksvertretung, über die Regierung, über die Minister, ohne deren Mitwirkung und Verantwortlichkeit der Fürst nichts machen kann. Hier in Deutschland dagegen ernennt der Fürst den Reichskanzler und die Minister nach seinem Belieben; sie sind seine Diener und daher bildet die Regierung hier eine unabhängige Macht neben dem Parlament, eine Macht, die über Armee, Krieg und Frieden und über die Auslandspolitik selbstherrlich gebietet. In der Abhängigkeit der leitenden Minister vom Parlament liegt der Unterschied zwischen Parlamentarismus und persönlichem Regiment.

Daher schlug die sozialdemokratische Fraktion vor, die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers in die Verfassung aufzunehmen. Aber keine der anderen Parteien wollte davon etwas wissen. Sogar die freisinnige Volkspartei erklärte durch den Mund des Abgeordneten Schrader: „Wir wollen kein parlamentarisches Regime, aus dem einfachen Grunde, weil es, so lange die Verfassung des Deutschen Reiches besteht, nicht möglich ist.“ Das ist natürlich eine faule Ausrede. Auch in Westeuropa belehrt es unter Verfassungsformen, worin gerade so wie hier, einfach steht, daß der Fürst die Minister ernennt, ohne deren Gegenzeichnung keine Regierungshandlung gültig ist, und die dafür verantwortlich sind. Dort hat das Parlament sein Steuerbewilligungsrecht dazu benutzt, sich die Regierung tatsächlich zu unterwerfen, ohne es formell in die Verfassung niederzuschreiben. Als aber Singer auf die neuen Steuervorlagen hinwies als ein Machtmittel des Parlaments, die Regierung zu zwingen, also genau das zu tun, was überall die Bourgeoisie im Kampfe um die Macht als Selbstverständlichkeit anwandte, da bezeichnete der freisinnige Wiener das entrüstet als Erpresserpolitik.

Treffender als in diesem Worte konnte die deutsche Bourgeoisie nicht ausdrücken, daß sie um die politische Macht nicht zu kämpfen wagt. Sie will die Herrschaft des Parlaments über die Regierung nicht; sie will die Macht über Krieg und Frieden in den Händen des Fürsten belassen, über dessen Unfähigkeit sie eben noch gejamert

hatte. Allerdings durfte sie das in der damaligen Situation nicht allzu offen aussprechen; daher lehnte sie die sozialdemokratischen Anträge nicht einfach ab, sondern begrub sie in einer Kommission, wo sie allmählich abgewürgt werden konnten. Die Sozialdemokratie stand damals so gut wie heute in dem Kampf für das Volksrecht allein. Nur scheinbar besteht also ein Gegensatz zwischen den damaligen Verfassungsdebatten und den heutigen. Nur äußerlich, in den Worten und Redewendungen besteht ein Unterschied. Es wurde damals in einer anderen Tonart geblasen, aber die Melodie war dieselbe. Damals klang das „Heil König dir“ im klagen- den Moll, was heute ~~als eine~~ schmetternde ~~Tonart~~ in Dur ertönt.

Deshalb ist aber der Absolutismus noch nicht einfach wieder hergestellt. Mag der Kaiser noch so oft seine Auffassung des Gottesgnadentums betonen, an den tatsächlichen Machtverhältnissen wird damit nichts geändert. Die kapitalistische Großbourgeoisie ist die maßgebende Klasse im Reiche; weil sie ihre Interessen besser durch persönliche Einwirkung auf die höchsten Regierungs- personen als durch das Parlament wahrnehmen kann, unterstützt sie das persönliche Regiment, und ihr wird dabei durch die Furcht der kleineren Bourgeoisie vor der Macht der Volksmasse geholfen. Der Absolutismus geht daher auch nur soweit, als er sich durch die Interessen und Wünsche des Großkapitals leiten läßt. Damit wird die Sache für die Volksmassen natürlich um kein Haar besser. Es wäre gewiß nicht verlockend, wenn persönliche Launen eines Herrschers Kriege heraufbeschwören könnten; daß aber diese „Launen“ selbst durch die Interessen des Großkapitals bestimmt werden, ist ebenso unerträglich. Das unpersönliche Großkapital, daß nur auf Gewinn bedacht ist, ist der gefährlichste Faktor des Krieges, der hinter dem Fürsten steht und seine Politik lenkt. Daher kann der Kampf gegen den Absolutismus nur als ein Teil des Kampfes gegen den Kapitalismus geführt werden.